

## Vergütungsregeln gekündigt

Mit scharfer Kritik und Empörung reagiert ver.di auf die Kündigung der Gemeinsamen Vergütungsregeln (GRV) für freie hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen durch den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV).

„Die Kündigung mit der Novelle des Urheberrechts zu begründen, ist in höchstem Maße entblößend. Der BDZV weigert sich schlichtweg, soziale Verantwortung zu übernehmen. Wir verhandeln seit Jahren über die längst fällige Erhöhung der vereinbarten Honorare. Doch statt die Arbeit der Freien zu würdigen, die eine wichtige Säule für guten Journalismus und erfolgreiche Zeitungen ist, will der BDZV die Bedingungen offensichtlich noch weiter verschlechtern“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

2010 hatte ver.di gemeinsam mit dem Deutschen Journalistenverband nach jahrelangen Verhandlungen Gemeinsame Vergütungsregeln mit dem BDZV für Freie an Tageszeitungen abgeschlossen. In der Realität halten sich viele Verlage jedoch nicht einmal an diese Mindestvergütungen. Durch das novellierte Urhebervertragsrecht, das am 1. März 2017 in Kraft tritt, sollte versucht werden, die Einhaltung der Vergütungsregeln für Journalistinnen und Journalisten zu verbessern. Das Verhalten der Zeitungsverleger bestätigt nun die bereits im Gesetzgebungsverfahren von ver.di geäußerten Befürchtungen. Das neue Gesetz enthält zu viele faule Kompromisse zugunsten der Verleger. Dies nutzt der BDZV nun schamlos aus.

## Protest gegen Google-Bildersuche

In einem offenen Brief an Google Germany kritisieren neun Verbände aus dem Bildbereich, darunter die dju in ver.di, die Verletzung von Interessen und Rechten von Fotografen, Bildagenturen, Illustratoren und Grafikern durch die neue Google Bildersuche.

Anders als bislang erscheint jetzt nach dem Anklicken eines Vorschaubildes in der Rasteransicht das Bild in Originalgröße (Blow-Up) ohne Kontext der Webseite, aber mit vermeintlich ähnlichen Bildern, ohne Urhebervermerk, dafür aber mit einem Button „Teilen“ in Facebook, Twitter, Google+ und zum E-Mail-Versand. Das Bild in Originalgröße darzustellen und es dazu in den Quellcode der Seite einzubinden ist eine unzulässige Vervielfältigung und Online-Zugänglichmachung.

Die neun Verbände fordern Google Germany auf, zu einer rechtskonformen Suchanzeige von Bildern zurückzukehren und insbesondere die Blow-Up- und „Teilen“-Funktion zu entfernen.

<http://bit.ly/2ITalup>



Foto: Christian von Polentz/transitfoto.de

Pressefreiheit:

## Deniz Yücel sofort frei lassen!

**ver.di fordert die sofortige Freilassung des Welt-Korrespondenten Deniz Yücel. „Die Untersuchungshaft für Deniz Yücel ist absolut inakzeptabel und ein weiterer Angriff auf die Pressefreiheit durch den türkischen Staat unter Präsident Recep Tayyip Erdogan. Das ist eine neue Qualität in der Verfolgung seriöser Journalisten, von denen bereits 150 inhaftiert sind. Wir fordern die sofortige Freilassung von Deniz Yücel“, sagte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.**

„Die Bundesregierung ist dazu aufgefordert, sämtliche Möglichkeiten zu ergreifen, um Druck auf die türkische Regierung auszuüben. Dazu kann auch gehören, türkische Regierungsvertreter nur noch im Ausnahmefall einreisen zu lassen“, forderte Frank Werneke. Gegen den deutschen Journalisten Yücel, der auch die türkische Staatsbürgerschaft besitzt, war am 27. Februar in der Türkei Untersuchungshaft verhängt worden. Ihm werden laut Medienberichten Propaganda für eine terroristische Vereinigung sowie Aufwiegelung der Bevölkerung vorgeworfen.

ver.di beteiligt sich an den Protestaktionen zur Freilassung von Deniz Yücel und kooperiert mit türkischen Journalistengewerkschaften, um verfolgte Journalisten zu schützen. „Deniz Yücel ist ein Journalist, kein Terrorist. Er hat, wie es seine Aufgabe ist, über einen Hackerangriff auf den türkischen Energieminister Al-

bayrak recherchiert und berichtet, durch den Informationen über die Kontrolle türkischer Medienkonzerne und die Beeinflussung der Öffentlichkeit über fingierte twitter-accounts allgemein öffentlich zugänglich gemacht wurden. Das ist kein Verbrechen, sondern seine Arbeit“, stellte die Bundesgeschäftsführerin der dju in ver.di, Cornelia Haß, fest.

Es gebe keinen Anlass, Yücel festzuhalten, der sich am 14. Februar 2017 in das Polizeipräsidium von Istanbul begeben hatte, um Fragen der Ermittler zu beantworten, die ihn wegen seiner Recherche über den Hackerangriff gesucht hatten: „Auch die Bundesregierung muss sich für die Freilassung eines Trägers der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit einzusetzen. Den Verantwortlichen in der Türkei muss bewusst werden, dass Presse- und Meinungsfreiheit in einem Rechtsstaat unverhandelbar sind“, sagte Haß.

Im Zusammenhang mit der so genannten E-Mail-Affäre um den türkischen Energieminister, der zugleich auch Schwiegersohn des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan ist, wurden seit Ende Dezember noch sechs weitere Journalisten türkischer Medien festgenommen. Drei von ihnen befinden sich wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft bei jeweils einer anderen Terrororganisation in Untersuchungshaft. Im Fall einer Verurteilung drohen ihnen bis zu zehn Jahre Haft.



## Rückblick: 30. Journalistentag

Der 30. Journalistentag am 21. Januar 2017 fand unter dem Titel „Hashtag, Hightech, Hackmac – Journalismus mit Daten“ statt. Ausführliche Informationen und auch das Video der Abschlussklasse der Deutschen Journalistenschule:

<https://dju.verdi.de/journalistentag>

## Niedersachsen-Bremen: Abschluss

In der Tarifverhandlung für die Angestellten in Zeitungsverlagen in Niedersachsen und Bremen am 2. Februar 2017 konnte ein vorläufiger Tarifabschluss erzielt werden. Die Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden ab dem 1. März 2017 und noch einmal ab dem 1. Mai 2018 um 1,6 Prozent erhöht. ver.di hatte den Gehaltstarifvertrag zum 31. Oktober 2016 gekündigt und forderte eine Erhöhung der Gehälter und Ausbildungsvergütungen von 4,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten.

In der Tarifverhandlung machte die ver.di-Tarifkommission deutlich, dass ver.di eine Abkoppelung der Zeitungsverlagsbeschäftigten von der allgemeinen Einkommensentwicklung der Beschäftigten der Branche ablehnt. Nach intensiver Diskussion und Verhandlungsunterbrechungen wurde der vorläufige Tarifabschluss erzielt. Die ver.di-Mitglieder sind jetzt aufgefordert, über das Verhandlungsergebnis abzustimmen. Die Tarifkommission empfiehlt die Annahme des Ergebnisses. Als Erfolg wertet die ver.di-Tarifkommission, dass es gelungen ist, auch für die Zeitungsverlagsangestellten einen Gehaltszuwachs zu erzielen. Dass der Abschluss ohne formelle Inkraftsetzung des Manteltarifvertrages in dieser Höhe und mit der Laufzeit akzeptiert werden musste, ist der ver.di-Tarifkommission leicht gefallen.

Ausführliche Informationen:

<http://bit.ly/2kZk3SI>

Tageszeitungen:

# Neuer Tarifvertrag für Volontäre

**Nach etlichen Verhandlungsrunden gab es Ende 2016 eine Einigung über eine Novellierung des 26 Jahre alten Ausbildungstarifvertrags für Volontäre. Nun liegt die endgültige Fassung des aktuellen Volovertrags vor.**

Neu in dem Vertragstext sind die Ausbildungsinhalte im Online-Journalismus, eine Ausbildung in Redaktionsgesellschaften, die Berücksichtigung der Newsdesk-Entwicklung und eine mögliche Verlängerung des Volontariats um einen bis drei Monate für Zusatzqualifikationen. Als Anhang ist ein Musterausbildungsplan dem Tarifvertrag beigelegt, der Redaktionen bei der Planung und Umsetzung einer modernen Ausbildung unterstützen soll. Dass der alte Vertrag einer Überarbeitung bedarf, darin waren sich die Verhandlungspartner einig, schließlich haben sich seit 1990 bedeutende technologische Veränderungen in der Medienbranche ereignet: Die Zeitungshäuser haben seither Internet-Auftritte entwickelt, Artikelinhalte werden mit Grafiken,

Videos oder Audiobeiträgen multimedial aufbereitet, Social Media und Apps sind nicht mehr wegzudenken. Der Musterausbildungsplan soll den Volontärsausbilderinnen und -ausbildern, die ihre Aufgabe oft zusätzlich zur Redaktionsarbeit übernehmen, helfen durch die Darstellung der grundsätzlichen Anforderungen und durch viele Themenvorschläge. Umstritten war die künftige Dauer des Volontariats: Während die Journalistengewerkschaften darauf beharrten, dass eine moderne Ausbildung in den bisher geltenden zwei Jahren für das Volontariat möglich sei, wollten die Verleger eine Verlängerung um bis zu neun Monate möglich machen. Der Kompromiss sieht nun eine Verlängerung um bis zu drei Monaten vor, aber nur für zusätzliche Ausbildungsinhalte.

Link zu ausführlichen Informationen auf der Internetseite der dju in ver.di:

<http://bit.ly/2mjkWps>

Hessen:

## HNA und Gießener Allgemeine gehen zusammen

**Als weiteren Schritt auf dem Weg zu immer weniger Pressevielfalt in Hessen wertet ver.di den geplanten Zusammenschluss der Verlagshäuser der beiden hessischen Tageszeitungen „Gießener Allgemeine“ und „Hessische/Niedersächsische Allgemeine“ (HNA, Kassel). Beide Verlage haben angekündigt, ihre Aktivitäten bereits zum 1. März in der „Zeitungsholding Hessen“ mit Sitz in Kassel zusammenzuführen.**

Der Verlag der „Gießener Allgemeinen“, die Mittelhessische Druck- und Verlagsgesellschaft (MDV), ist bisher ein Familienbetrieb, der von zwei Brüdern geleitet wird. In der Redaktion und in der erst 2012 eröffneten neuen Druckerei des Unternehmens arbeiten rund 200 Beschäftigte. Weitere rund 800 sind in der ausgegliederten Zustellgesellschaft beschäftigt. Neben der „Gießener Allgemeinen“ erscheinen bei MDV auch die „Wetterauer Zeitung“ und „Alsfelder Allgemeine“.

Beim Verlag der HNA sind rund 470 Verlagsangestellte und Redakteurinnen und Redakteure beschäftigt, in der ausgegliederten Druckerei arbeiten rund 200 Beschäftigte. Hinzu kommen weitere Zustell- und Servicegesellschaften.

Den sehr kurzfristig über den Zusammenschluss informierten Betriebsräten und den Beschäftigten wurde mitgeteilt, beide Verlage sollen ihre Eigenständigkeit und eine Geschäftsführung vor Ort behalten. Wie lange diese Zusage gelten soll, blieb dem Vernehmen nach offen. „Die Ankündigung, mit

dem Zusammenschluss sollten die Kräfte gebündelt werden, löst bei den Beschäftigten natürlich Sorgen um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze aus“, sagt Manfred Moos vom Fachbereich Medien der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft in Hessen. „Diesen Befürchtungen sollte die neue Zeitungsholding durch langfristige Arbeitsplatzgarantien Rechnung tragen.“

An der Zeitungsholding soll die HNA 80 Prozent der Anteile erhalten, der Verlag der „Gießener Allgemeinen“ 20 Prozent. Dies entspricht in etwa den Größenordnungen bei der verkauften Auflage. Die „Gießener Allgemeine“ lag im vierten Quartal 2016 bei einem Gesamtverkauf von rund 48.000 Exemplaren, die HNA (Gesamtausgabe) kam auf rund 192.500 Exemplare.

Über den Zusammenschluss wurde offenbar bereits seit rund einem Jahr verhandelt, die Anmeldung des Vorhabens beim Bundeskartellamt erfolgte allerdings erst am 17. Februar dieses Jahres. Dort wird als offizieller Partner der „Gießener Allgemeinen“ der Zeitungsverlag F. Wolff & Sohn KG genannt, der in Gronau (Niedersachsen) die „Leine-Deister-Zeitung“ herausgibt. Der Zeitungsverlag F. Wolff & Sohn gehört wie die HNA zur Zeitungsgruppe des Verlegers Dirk Ippen, die in Hessen bereits den Zeitungsmarkt in Nordhessen komplett beherrscht und auch in Osthessen (Hersfelder Zeitung) sowie in Offenbach (Offenbach Post) Verlage besitzt.

<http://bit.ly/2IXUfGk>



Schwarzwälder Bote:

# Behinderung des Betriebsratsvorsitzenden beenden!

**In einem Brief an den Geschäftsführer des Medienkonzerns SWMH, Dr. Richard Rebmann, der auch Herausgeber des „Schwarzwälder Boten“ ist, fordert der ver.di-Landesfachbereichsleiter Medien, Siegfried Heim, dass Chefredakteur Hans-Peter Schreijäg den Betriebsratsvorsitzenden der Redaktion, Dr. Thomas Ducks, der auch stellvertretender Vorsitzender der Konzernbetriebsräte der SWMH und des Unterkonzerns Medienholding Süd (MHS) ist, nicht länger in seiner Betriebsratsarbeit behindert.**

Heim beruft sich in dem Schreiben Mitte Februar nicht nur auf entsprechende Strafanzeigen der beiden Konzernbetriebsräte bei der Staatsanwaltschaft Rottweil, die von ver.di unterstützt werden, sondern auch auf ein Urteil des Landgerichts München in einem Verfahren, das Schreijäg gegen den ver.di Konzernbeauftragten Uwe Krefit wegen einer Internet-Veröffentlichung angestrengt hatte. In der Urteilsbegründung heißt es wörtlich: „Die Frage, ob der Kläger die Betriebsratsstät-

tigkeit massiv behindert, ist ... eine Bewertung, die allerdings auf Tatsachen gestützt wird. Für diese Bewertung ... besteht durchaus eine ausreichende Tatsachengrundlage.“ Und weiter: „Das Verlangen des Klägers, dass Dr. Ducks jeweils begründet, warum er seine Betriebsrats Tätigkeit nicht innerhalb der Arbeitszeit erbringen kann, kann daher als Schikane empfunden werden und als hinderlich für seine Tätigkeit.“

Hintergrund ist, dass der Betriebsratsvorsitzende vorwiegend von 13:30 bis 21:30 Uhr Schicht arbeiten soll, seine Betriebsrats Tätigkeit aber häufig an Vormittagen stattfinden muss. Der Arbeitgeber verlangt von ihm eine genaue Dokumentation seiner Tätigkeiten. ver.di hält dies für rechtswidrig.

„Es entspricht nicht einem normalen Umgang mit herausgehobenen Betriebsratsmitgliedern in einem Konzern von der Größe der SWMH, was hier verlangt wird“, so Heim, der in seinem Brief von Rebmann fordert, als Konzernchef auf Chefredakteur Schreijäg dahingehend ein-

zuwirken, dass dieser zu einem angemessenen Umgang mit Ducks ohne Behinderung von dessen Betriebsratsarbeit zurückkehrt.

Der Fall schwelt schon seit über einem Jahr und ver.di hatte schon im November 2015 an die Konzerngeschäftsführung appelliert, entsprechend auf den Chefredakteur einzuwirken. Auch die Konzernbetriebsräte hatten in mehreren Gesprächen versucht, das Verhältnis zu verbessern.

„Herr Schreijäg will offenbar Rache nehmen an Dr. Ducks, der 2011 beim 96-tägigen Streik gegen die Tariffucht beim Schwarzwälder Bote eine herausragende Rolle als ehrenamtlicher Gewerkschafter gespielt hat“, vermutet Heim zu den eigentlichen Beweggründen des Chefredakteurs.

Link zur Pressemitteilung des ver.di-Landesfachbereichs Baden-Württemberg:

<http://bit.ly/2ITHKuY>



<http://europeanjournalists.org>

## Paten gesucht für türkische Journalisten und Redaktionen

Aktuell zählt die Europäische Journalistenföderation (EJF) für die Türkei insgesamt 123 inhaftierte Journalistinnen und Journalisten – so viele wie in sonst keinem anderen Land in Europa (Stand: 23. Januar 2017). Deshalb hatten am 14. Dezember 2016 mehrere Organisationen zu einer Solidaritätskundgebung für inhaftierte Journalisten, Gewerkschafter und Oppositionspolitiker aufgerufen. Dort war die Regierung von Präsident Erdogan aufgefordert worden, die Inhaftierten freizulassen und die Schließung von Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern und Internet-Medien aufzuheben.

In den vergangenen Wochen hat sich leider nichts in der Türkei zum Besseren verändert – die Pressefreiheit ist nach wie vor ausgehebelt, Journalisten sind nach wie vor in Haft. Deshalb rufen die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und der Deutsche Journalistenverband (DJV) Journalisten und Redaktionen in Baden-Württemberg dazu auf, Patenschaften für einzelne inhaftierte Journalisten zu übernehmen.

Patenschaften stärken die verhafteten Journalisten im Gefängnis, wenn diese über Briefe (in englischer oder türkischer Sprache) von der Solidarität im Ausland erfahren.

Ausführliche Informationen:

<http://bit.ly/2kZAVsh>



Foto: ver.di

Verlagsgruppe Passau:

## Warnstreik für einen Haustarifvertrag

**Als vollen Erfolg und ein klares Signal an die Verlagsführung wertet ver.di-Gewerkschaftssekretär Pascal Attenkofer den Warnstreik der Beschäftigten bei der „Donau-Isar-Bayerwald-PresseGmbH“ in Deggendorf, bei der „Passauer Neuen Presse Verlag GmbH“ in Passau und der Donau-Wald-Presse GmbH in Passau am 28. Februar 2017 für einen Haustarifvertrag.**

„Wir erwarten Termine zu vernünftigen Gesprächen von der Verlegerin Simone Tucci-Diekmann. Wir wollen auf dem Verhandlungswege zum Ziel kommen,“ erklärt Pascal Attenkofer. „Sollte kein Verhandlungstermin in nächster Zeit folgen, wird es sicherlich weitere Warnstreiks geben. Einseitige minimale Verbesserungen wie sie

erst von der Verlegerin einem Teil der Beschäftigten angeboten wurden, sind für die Beschäftigten keine wirkliche Verbesserung, noch haben sie die Rechtswirksamkeit und die Sicherheit eines Tarifwerkes.“

Ver.di fordert eine tarifliche Angleichung an den Flächentarifvertrag mit Hilfe eines Haustarifvertrages für alle Beschäftigten in den einzelnen GmbH's der Passauer-Neuen-Presse Verlagsgruppe. Die Verlegerin Frau Simone Tucci-Diekmann verweigert bisher jegliche Gespräche mit den Gewerkschaften.

Ausführlicher Bericht zum Tarifkonflikt bei M - Menschen machen Medien:

<http://bit.ly/2IYh5N9>

Nordbayerischer Kurier:

## Protest gegen geplanten Personalabbau

**Unter dem Motto „Jobverlust ist Qualitätsverlust“ protestierten die Beschäftigte des „Nordbayerischen Kurier Bayreuth“, die „Zeitungshelden“, gegen den geplanten erheblichen Personalabbau durch Kündigungen in Redaktion und Verlag des Medienhauses in Bayreuth.**

Der Geschäftsführer der Nordbayerischer Kurier Zeitungsverlag GmbH, Bodo Kurz, nennt diese Massenentlassungen „Restrukturierung nach dem Erwerb durch die Frankenpost Verlag GmbH“, die wiederum der Südwestdeutschen Medien Holding, SWMH, in Stuttgart gehört. Ziel sei „die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu verbessern“. Während am 31. Januar im Zentrum an der Äußeren Badstraße der „Hate-Slam“ die Zuschauer im ausverkauften Haus zum Lachen brachte, formierte sich auf der Straße die Belegschaft zu einem stillen Protest gegen den geplanten Personalabbau im großen Stil, zu dem die Gewerk-

schaften ver.di und der Bayerische Journalisten Verband BJV aufgerufen hatten.

„Wir werden den Kahlschlag beim Kurier durch eigene Vorschläge zum sozial abgefederten Personalabbau, Initiativen zu Einsparungen, Kreativität und, wenn nötig, durch Arbeitskampf verhindern“, sagte ver.di-Gewerkschaftssekretär Bernd Bauer. Nach einem Konzept der Geschäftsführung soll rund ein Viertel der Arbeitsplätze in Redaktion und Verlag des „Nordbayerischen Kurier“ abgebaut werden. Die Mitarbeiter befürchten einen dramatischen Qualitätsverlust, weil weniger Beschäftigte in der Redaktion weniger Informationen und weniger Aktualität bedeuten. Im Rahmen der Facebook-Aktion „Zeitungshelden“, der schon mehr als 500 Menschen innerhalb kurzer Zeit folgen, haben viele User ihre Bestürzung und ihre Unterstützung einer vielfältigen, lokal nahen Zeitung zum Ausdruck gebracht.

Agence France-Presse GmbH:

## Tarifabschluss

**Nach einem langandauernden Tarifkonflikt über elf Verhandlungsrunden, konnte ein guter Manteltarifvertrag als einheitliches Werk für alle Beschäftigten-Gruppen auch für die Zukunft erreicht werden. Dies war nur durch Streiks möglich, zu denen die starre Haltung der Geschäftsführung zum beabsichtigten Tarif-Abbau provoziert hatte.**

Mit diesem Abschluss konnten Forderungen des Arbeitgebers nach Kürzungen im Bereich des Urlaubs und des Gehalts abgewehrt werden. Der Manteltarifvertrag ist damit wieder in Kraft und gesichert, vereinbart wurde eine Nullrunde beim Gehalt, für einige gibt es Erhöhungen bis zu knapp ein Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis Ende 2017.

Außerdem gibt es strukturelle Umstellungen und Übergangsregelungen für Neueingestellte.

Ausführliche Informationen mit Gehaltstabelle bei der dju Berlin-Brandenburg:

<http://tinyurl.com/hwvphnky>



Protest in Berlin. Foto: von Polentz/transitfoto.de

dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH:

## 2,8 Prozent mehr Geld

ver.di begrüßt das Verhandlungsergebnis für die rund 800 Beschäftigten der dpa GmbH und ihre journalistischen Tochterunternehmen „Alle Kolleginnen und Kollegen bekommen rückwirkend zum 1. Januar 2017 2,8 Prozent mehr Geld und die Einstiegsgehälter in den Redaktionen der Konzernmutter werden angehoben. Wir konnten zudem eine betriebliche Altersversorgung für die Beschäftigten der Tochterunternehmen und der dpa GmbH durchsetzen. Das war eine überfällige sozialpolitische Weichenstellung“, sagte die ver.di-Verhandlungsführerin Cornelia Haß. ver.di und der DJV hatten sich am 7. Februar

2017 mit der Geschäftsführung der dpa auf einen Abschluss geeinigt. Dieser sieht vor, die Manteltarifverträge mit den darin enthaltenen Regelungen zu Urlaub, Zusatzleistungen etc. unverändert wieder in Kraft zu setzen. Darüber hinaus wurden spätere Sprünge in höhere Tarifgruppen sowie die Streichung der so genannten dpa-Dienstjahre ab 2019 vereinbart

Alle Details der Tarifeinigung, für die eine Erklärungsfrist bis zum 6. März 2017 gilt, finden sich hier: <https://tinyurl.com/jchuff9>.

Die dju in ver.di wird über das Ergebnis eine Mitgliederbefragung durchführen.

Gelnhauser Tageblatt wird eingestellt

Die hessische Zeitungslandschaft wird um eine Stimme ärmer. Die Verlagsgruppe Rhein-Main aus Mainz hat entschieden, das seit 184 Jahren erscheinende „Gelnhäuser Tageblatt“ zum 31. März 2017 zu schließen.

„Wir können nicht nachvollziehen, warum der Verlag mit der größten Marktmacht im Rhein-Main-Gebiet eine so traditionsreiche Zeitung einfach schließt. Hier soll offenbar brutal eine Marktconsolidierung durchgezogen werden. Die Leidtragenden sind die rund 30 Beschäftigten und die Leser der Traditionszeitung“, sagte der ver.di-Fachbereichsleiter Medien Hessen, Manfred Moos. ver.di erwarte nun von der Verlagsgruppe die Bereitschaft, den Beschäftigten andere Arbeitsplätze im Rhein-Main-Gebiet anzubieten und Gekündigten ordentliche Abfindungszahlungen zu leisten.

In einer Mitteilung an die Beschäftigten wurden wirtschaftliche Gründe für die Einstellung der Zeitung genannt. Das „Gelnhäuser Tageblatt“ sei „Opfer des dramatischen Medienwandels“ geworden. Auch die Wochenblätter „Gelnhäuser Tageblatt extra“ (Auflage: 51 480) und „Gelnhäuser Tageblatt zum Sonntag“ (Auflage: 51 440) werden eingestellt. Ebenfalls von der Schließung bedroht ist die Druckerei des „Gießener Anzeigers“, wo neben dem „Gelnhäuser Tageblatt“ auch der „Gießener Anzeiger“ und weitere Zeitungen gedruckt werden.

Den Zeitungsmarkt in Gelnhausen und im Main-Kinzig-Kreis wird nun die mehrheitlich zur Madsack-Gruppe (Hannover) gehörende „Gelnhäuser Neue Zeitung“ dominieren.

Ausführliche ver.di-Informationen:

<http://bit.ly/2IU3S8m>

### Twitter-Tipps



Fachgruppe  
Verlage, Druck  
und Papier:  
**@vdp\_in\_verdi**  
die dju:  
**@djuverdi**  
Tarifinfos:  
**@tarif\_medien**

### Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8 Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10 10112 Berlin V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel Tarifsekretär Medien Redaktion: Silke Leuckfeld <http://tinyurl.com/o2jwqhg>

**DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.**  
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>